

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 19.12.2007
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnes 46359 Heiden

Mitglieder:

Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	
Berthold Langehaneberg	48739 Legden	
Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Wilhelm Stilkenbäumer	48734 Reken	
Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	bis TOP 7 (20.00 Uhr)
Rudolf Geukes	46419 Isselburg	
Barbara Seidensticker-Beining	46354 Südlohn	
Agatha Schlüter	46397 Bocholt	als Vertreterin für Frau Mensing
Karl-Heinz Pfaffe	48703 Stadtlohn	bis TOP 7 (20.00 Uhr)
Benedikt Kemper	46359 Heiden	
Ute Gertz	48683 Ahaus	
Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Ingrid Groth	46399 Bocholt	
Christian Stöttelder	46359 Heiden	

beratende Mitglieder:

Hans-Josef Overmann		
Georg Hollstegge	46325 Borken	bis TOP 3 (18:15 Uhr)
Ralf Groß	46325 Borken	bis TOP 11 (20:30 Uhr)
Marlis Spieker-Kuhmann	46325 Borken	bis TOP 7 (19:50 Uhr)

Vertreter/innen der Verwaltung:

Elisabeth Möllenbeck		
Markus Büsken		
Norbert Wiemer		
Anne Rolvering		TOP 1
Marlies Langenhorst		TOP 1
Barbara Bruns		TOP 1
Klaus Clemens		bis TOP 3

Es fehlen:

Werner Haßenkamp

Jürgen Terhart

Bernd Telgmann

Olaf Gottschalk

Werner Menke

Sebastian Zaremba

46397 Bocholt

46414 Rhede

46325 Borken

46342 Velen

46325 Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Schulsozialarbeit an Hauptschulen- Zwischenbericht Vorlage: 0271/2007

Herr Overmann gibt zunächst einen Überblick über das am 01.03.2006 begonnene Projekt der Schulsozialarbeit an Hauptschulen im Kreis Borken. Er betont, dass es sich bei der Schulsozialarbeit um ein Angebot der Jugendhilfe und nicht der Schule handelt. Gerade zu Beginn des Projektes habe es durchaus unterschiedliche Vorstellungen und Erwartungen der Schulträger gegeben. Mittlerweile seien die Schulsozialarbeiter aber an den Schulen akzeptiert und in den Schulalltag voll integriert. In seinen Ausführungen unterstreicht Herr Overmann, dass insbesondere durch die unmittelbare Anbindung an den ASD Synergieeffekte erzielt werden.

In einem am 03.12.2007 stattgefundenen Informationsgespräch hätten sich alle betroffenen Schulleiter positiv zur Schulsozialarbeit geäußert. Die Schulleiter hätten angeregt, nach Beendigung der 3-jährigen Projektdauer die Stellen der Schulsozialarbeiter von 0,5 auf Vollzeitstellen aufzustocken. Im Übrigen weist Herr Overmann darauf hin, dass das Projekt nach der bisherigen Beschlusslage am 28.02.2009, also mitten im Schuljahr endet. Unabhängig von der Frage, ob das Projekt über den Zeitraum von 3 Jahren hinaus fortgeführt werden solle, schlage er daher vor, das Projektende auf das Schuljahresende 2008/2009 zu verlegen.

Anschließend berichten die Schulsozialarbeiterinnen Barbara Bruns und Marlies Langenhorst über den bisherigen Projektverlauf. In ihrem Vortrag gehen sie dabei auf die fünf unterschiedlichen Aufgabenfelder einer Schulsozialarbeiterin ein. Neben der pädagogischen Beratung der Schüler und der Eltern, einer kollegialen Beratung und Information der Lehrer, gehören zu den Aufgaben auch noch Kooperationen bzw. Netzwerkarbeit zu verschiedenen Institutionen sowie die Projekt- und Gruppenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern.

Herr Tönnies bedankt sich für den informativen Bericht und wünscht allen Schulsozialarbeiter/Innen bei ihrer weiteren Arbeit viel Erfolg.

Herr Geukes erkundigt sich, ob die Tatsache, dass Mädchen häufiger als Jungen die Schulsozialarbeiter/Innen aufsuchen würden, primär daran läge, dass der Kreis überwiegend weibliche Schulsozialarbeiter beschäftige. Frau Langenhorst verneint diese Vermutung. Auch Herr Thorn, derzeit einziger männlicher Schulsozialarbeiter beim Kreis Borken, habe bestätigt, dass Mädchen eher bereit seien, Hilfestellungen der Schulsozialarbeit in Anspruch zu nehmen.

Auf Nachfrage von Frau Kerkhoff unterstreicht Frau Bruns, dass eine Vernetzung der Schulsozialarbeit insbesondere zum ASD für die tägliche Arbeit sehr wichtig sei. So sei die Hemmschwelle der Eltern, Hilfestellungen durch den ASD in Anspruch zu nehmen, wesentlich geringer, wenn im Vorfeld bereits ein entsprechender Vermittlungskontakt der Schulsozialarbeiter/In stattgefunden habe.

Frau Kerkhoff erklärt, dass die CDU-Fraktion bereits heute der Auffassung sei, dass das erfolgreiche Projekt über die vorgesehene Befristung hinaus fortgeführt werden müsse.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Das Projektende wird vom 29.02.2009 auf das Schuljahresende 2008/2009 verlegt.

Punkt 2: **Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)**

Punkt 2.1: **Bericht zum weiteren Vorgehen**
****Vorlage: 0272/2007****

Herr Wiemer informiert über die zukünftige Finanzierungsstruktur der Tageseinrichtungen für Kinder und der Förderung der Kindertagespflege. Die Folien sind der Niederschrift beigelegt (Anlage 1). Er weist darauf hin, dass die Planungen zum 15.03.2008 abgeschlossen sein müssen, da zu diesem Termin der Kreis die Bedarfszahlen dem Landesjugendamt melden müsse. Um diesen Termin einhalten zu können, seien alle Träger nunmehr angeschrieben worden, kurzfristig bis zum 31.12.2007 dem Kreis mitzuteilen, welche Gruppenformen mit welchen Betreuungszeiten für wie viele Kinder sie im kommenden Kindergartenjahr jeweils anbieten möchten. Anschließend wird der Kreis diese Daten bis Ende Februar auswerten und ggfls. Abstimmungsgespräche mit den Trägern unter Beteiligung der jeweiligen Kommune führen.

Herr Huesmann berichtet, dass nach seiner Kenntnis die Eltern überwiegend an den beiden höheren Stufen der Betreuungszeiten, nämlich 35 bzw. 45 Stunden interessiert seien.

Herr Tönnies unterstreicht, dass dies auch der politischen Zielsetzung entspreche. Vor diesem Hintergrund seien diese beiden Betreuungsstufen beitragsmäßig auch bewusst attraktiv ausgestaltet worden.

Frau Pohl erkundigt sich, ob der Kreis auch eine Moderationsfunktion zwischen den Trägern einer Gemeinde übernehmen müsse, um Betreuungsbedarfe der Eltern abzudecken.

Hierzu führt Herr Overmann aus, dass es gesetzliche Aufgabe des Kreises sei, diese Bedarfe abzudecken. Er schliesse daher die Übernahme einer Vermittlungs- bzw. Moderationsfunktion zwischen den Trägern nicht aus.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Darstellung zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zur Kenntnis.

**Punkt 2.2: Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen (Elternbeitragssatzung)
Vorlage: 0229/2007**

Herr Wiemer erläutert die Eckpunkte der neu gestalteten Beitragssatzung. Aufgrund einer redaktionellen Änderung sei eine neue Beitragstabelle als Tischvorlage ausgelegt worden. Diese ersetze die der Sitzungsvorlage beigefügte Beitragstabelle. Die neue Beitragstabelle ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Darüber hinaus weist Herr Wiemer auf die ebenfalls als Tischvorlage ausgelegte Stellungnahme der AG I zum Entwurf der Elternbeitragstabelle hin. Die Stellungnahme der AG I ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Frau Kerkhoff unterstreicht in ihren Ausführungen, dass es den Beteiligten gelungen sei, kreisweit eine einheitliche Beitragstabelle zu vereinbaren.

Im Zusammenhang mit der Beratung der Beitragssatzung erläutert Frau Seidensticker-Beining den Antrag **02-03** der SPD-Fraktion. Mit der Anhebung der Einkommensstufe für die Beitragsfreiheit von 18.000 € auf 25.000 € sollten gerade Familien mit geringem Einkommen spürbar entlastet werden.

Herr Tönnes lässt über den Antrag **02-03** der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung
 9 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Frau Seidensticker-Beining weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion dem Satzungsbeschluss aufgrund der Einkommensstufe für die Beitragsfreiheit von lediglich 18.000 € nicht zustimmen werde.

Vorsitzender Tönnes lässt sodann über den Satzungsbeschluss abstimmen:

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Borken empfiehlt dem Kreistag, die vorliegende Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder ab dem 01.08.2008 zu beschließen.

Punkt 3: Tageseinrichtungen in Form von professionellen Spielgruppen - Spielgruppenbeitragssatzung
Vorlage: 0238/2007

Herr Wiemer erläutert das Konzept der professionellen Spielgruppen. Es handele sich um ein ergänzendes Angebot, welches nachrangig gegenüber den Betreuungen in Kindergärten sowie in Tagespflege angeboten werde. Die im Mai 2007 durchgeführte U3-Befragung in Schöppingen habe einen gemeinschaftlichen Betreuungsbedarf für 10 Kinder ergeben. Am 01.12.2007 habe die Spielgruppe unter Trägerschaft der evangelischen Kirchengemeinde ihren Betrieb aufgenommen. Da es bislang keine Regelung zur Erhebung von Elternbeiträgen gebe, lege die Verwaltung heute einen entsprechenden Satzungsentwurf vor. Inhaltlich entspreche die Beitragstabelle der Beitragstabelle für Kindergärten. Im Übrigen sei aufgrund einer redaktionellen Änderung auch für die professionellen Spielgruppen eine neue Beitragstabelle als Tischvorlage ausgelegt worden. Diese ersetze die der Sitzungsvorlage beigefügte Beitragstabelle. Die neue Beitragstabelle ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Herr Overmann ergänzt, dass die Einrichtung einer professionellen Spielgruppen eine befristete, bedarfsgerechte und flexible Möglichkeit darstelle, einen sozialraumspezifischen Betreuungsbedarf abzudecken.

Frau Seidensticker-Beining weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion auch diesem Satzungsbeschluss aufgrund der Einkommensstufe für die Beitragsfreiheit von lediglich 18.000 € nicht zustimmen werde.

Beschluss:

- 10 Ja-Stimmen
- 3 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag die beigefügte Satzung über die Heranziehung zu den Kosten von Tageseinrichtungen in Form von professionellen Spielgruppen (Spielgruppenbeitragssatzung) zu beschließen.

Punkt 4: Essensversorgung von Kindern
Vorlage: 0273/2007

Frau Möllenbeck stellt die Ergebnisse der Befragung zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Mahlzeiten vor. Die Folien sind der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt. Als Fazit der durchgeführten Befragung lasse sich u.a. feststellen, dass eine regelmäßige Versorgung der Kinder mit Mahlzeiten mehrheitlich von den Tageseinrichtungen und Jugendhäusern bestätigt werde. Lediglich bei einzelnen Einrichtungen sei eine höhere Anzahl von Kindern gemeldet worden, deren Versorgung als unzureichend angesehen werde. Demgegenüber würden die Träger ambulanter Erziehungshilfen zu Beginn ihrer Hilfe feststellen, dass eine regelmäßige Versorgung der Kinder nicht gegeben ist. Im Rahmen der sozialpädagogischen Unterstützung der Familie werde deshalb in den meisten Fällen daran gearbeitet, die Eltern zu befähigen, ihre Kinder regelmäßig und verlässlich zu versorgen. Kritisch hätten sich alle Befragten dahingehend geäußert, dass nach ihrer Einschätzung die Qualität des Essens zu wünschen übrig lasse und generell die Bedeutung von gemeinsamen Mahlzeiten in der Familie verloren ginge. Darüber hinaus hätten Familien mit geringem Einkommen Probleme, Beiträge für das Essensgeld aufzubringen.

Abschließend unterstreicht Frau Möllenbeck, dass es sich bei der durchgeführten Befragung nicht um statistisch harte Fakten handle, sondern um Einschätzungen bzw. Beobachtungen der sozialpädagogischen Fachkräfte. Dennoch habe ihrer Meinung nach bereits die Tendenz eine hohe Aussagekraft.

Herr Huesmann bestätigt, dass es auch bei den Offenen Ganztagsgrundschulen Familien gebe, die aus finanziellen Gründen das Essensgeld für das Mittagessen ihrer Kinder nicht aufbringen könnten.

Frau Kerkhoff bedankt sich bei Frau Möllenbeck für die ausführlichen Informationen zu diesem Thema. Sie fände es schade, wenn die Ergebnisse jetzt kommentarlos zur Seite gelegt würden. Sie schlägt daher vor, den Bericht an weitere Gremien bzw. Stellen weiterzuleiten, um auf verschiedenen Ebenen Verbesserungen für die Kinder zu erzielen. So könne sie sich beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit vorstellen, um durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit an dem Thema der Essensqualität zu arbeiten.

In diesem Zusammenhang weist Frau Möllenbeck darauf hin, dass der Fachbereich zugesagt habe, die Ergebnisse an die Befragten weiterzugeben. Gleichzeitig werde es aber auch Überlegungen geben, wie das Thema künftig weiter bearbeitet werden könne. So sei etwa denkbar, dass im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Familienzentrums ein Kindergarten eine Zusammenarbeit mit einem Ökotrophologen anstrebe.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Essensversorgung von Kindern zur Kenntnis.

Punkt 5: Bericht zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2007
Vorlage: 0275/2007

Frau Möllenbeck verweist auf den der Sitzungsvorlage beigefügten Bericht und erkundigt sich bei den Ausschussmitgliedern, ob Fragen zum Umsetzungsbericht bestünden.

Frau Kerkhoff bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei der Verwaltung für die gute Arbeit im abgelaufenen Jahr. Eine Reihe von Maßnahmen sei umgesetzt worden. Projekte, die noch nicht abgeschlossen werden konnten, seien ebenfalls auf einem guten Weg. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich nach dem Elternbrief.

Herr Overmann führt hierzu aus, dass er die im letzten Jugendhilfeausschuss erwähnte Kritik am Layout sowie zum Inhalt des Elternbriefes nach Berlin weitergeleitet habe. Dort habe man ihm berichtet, dass man die Elternbriefe überarbeiten werde. In NRW wurde eine Umfrage zur Wirksamkeit der Elternbriefe durchgeführt. Im Ergebnis wurde die Wirksamkeit der Elternbriefe überraschend hoch eingestuft.

Zur Ziffer 10 des Berichtes fragt Frau Seidensticker-Beining nach, wer den Wettbewerb zur Förderung von Toleranz und interkultureller Kompetenz gewonnen habe. Hierzu führt Herr Tönnies aus, dass den 2. Platz die Anlauf- und Kontaktstelle in Rhede gewonnen habe. Der 1. Platz sei an die Landesarbeitsgemeinschaft Musik mit ihrem Seminarangebot für Grundschüler „Der Friedensmaler“ gegangen. Das Seminar sei in Vreden durchgeführt worden.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2007 zur Kenntnis.

Punkt 6: Anpassung des Maßnahmenprogrammes 2008
Vorlage: 0276/2007

Frau Möllenbeck führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 06.06.2007 das Maßnahmenprogramm 2008 verabschiedet habe. Das Maßnahmenprogramm müsse nun um die Punkte ergänzt werden, die im Jahr 2007 nicht abgeschlossen werden konnten. Darüber hinaus habe es auch im 2. Halbjahr einige Entwicklungen, wie z.B. neue gesetzliche Grundlagen, gegeben, die eine Anpassung des Maßnahmenprogramms 2008 erforderten.

Herr Tönnes schlägt vor, dass das Maßnahmenprogramm in der vorliegenden Form verabschiedet werden solle. Sofern sich aus den Anträgen zum Haushalt Ergänzungen ergäben, würden diese in das Maßnahmenprogramm 2008 mit aufgenommen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss verabschiedet das Maßnahmenprogramm 2008 und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit der Umsetzung der Maßnahmen.

Punkt 7: Vorberatung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2008 - Budget 02 - Jugend und Familie
Vorlage: 0277/2007

Vorsitzender Tönnes ruft die zum Haushaltsentwurf 2008 gestellten Anträge auf.

Frau Seidensticker-Beining erläutert den Antrag **02-01**. Mit den erzielten Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Jugendamtsumlage um 2,5 Prozentpunkte könne neben den Mehrkosten für die Umsetzung des KiBiz auch eine von der SPD-Fraktion ebenfalls vorgeschlagene Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr finanziert werden.

Herr Tönnes lässt über den Antrag **02-01** der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 3 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung
 11 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Frau Seidensticker-Beining begründet den Antrag **02-02** der SPD-Fraktion. Ihrer Einschätzung nach würden Eltern ihre Kinder aus finanziellen Gründen aus dem Kindergarten abmelden. Dabei sei gerade das letzte Kindergartenjahr aus pädagogischer Sicht zur Vorbereitung auf die Schule besonders wichtig, sodass vor diesem Hintergrund das letzte Jahr beitragsfrei gestellt werden solle.

Frau Spieker-Kuhmann schlägt alternativ eine deutliche Anhebung der untersten Einkommensstufe im Sinne einer größeren Beitragsfreiheit vor.

Auf Nachfrage von Frau Pohl erwähnt Herr Overmann, dass der Verwaltung keine Zahlen vorlägen, ob und wenn ja, wie viele Kinder im letzten Kindergartenjahr abgemeldet würden.

Herr Tönnes lässt über den Antrag **02-02** der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 1 Enthaltung
 11 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Zum Antrag **02-04** der SPD-Fraktion führt Frau Seidensticker-Beining aus, dass der Antrag zweigeteilt sei. Zum Einen solle im Familienbüro eine Hotline eingerichtet werden, bei der alle Fragen zum Thema Kindeswohlgefährdung aufliefen. Zum Anderen sollten alle Eltern von Neugeborenen aufgesucht werden. Bei diesem Besuch solle den Eltern ein Begrüßungspaket übergeben werden.

Zum Thema Hotline berichtet Herr Overmann, dass bis Ende Oktober insgesamt 108 Anrufe in Sachen Kindeswohlgefährdung beim Jugendamt eingegangen seien. Innerhalb des Jugendamtes sei sichergestellt, dass die Hinweise an die richtigen Stellen weitergeleitet würden. Im Ergebnis sei daher das Jugendamt insgesamt „die Frühwarnzentrale“ und nicht eine Abteilung innerhalb des Jugendamtes.

Zur Thematik „Begrüßungspaket“ führt Herr Overmann aus, dass bei etwa 2000 jährlichen Geburten im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes und einem Zeitaufwand je Besuch von etwa 2 Stunden incl. Vorbereitung und Fahrzeit mehr als 2 Vollzeitstellen benötigt würden. Darüber hinaus gebe er zu Bedenken, dass derartige Hausbesuche immer auch unter dem Aspekt „eines Prüfcharakters“ zu bewerten seien. In diesem Zusammenhang weise er auf eine Stellungnahme der Landesdatenschutzbeauftragten hin, die sich auf eine ähnlich gerichtete Anfrage der Stadt Isselburg bezog. Im Ergebnis seien demnach Hausbesuche, die auch vor dem Hintergrund des Überprüfens von etwaigen Missständen in der Familie durchgeführt würden, rechtlich unzulässig.

Im weiteren Verlauf entsteht eine Diskussion zwischen den Ausschussmitgliedern, welche inhaltlichen Schwerpunkte derartige Hausbesuche hätten. In diesem Zusammenhang sagt die Verwaltung eine rechtliche Überprüfung der Zulässigkeit solcher Hausbesuche zu.

Herr Tönnes lässt sodann über den Antrag **02-04** der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 3 Ja-Stimmen
 2 Enthaltungen
 10 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Huesmann erläutert den Antrag **02-05** der SPD-Fraktion. Nach der erfolgreichen Implementierung von Schulsozialarbeit an den Hauptschulen solle das Projekt auch auf die Förderschulen sowie weitere Schulformen wie Realschulen oder Berufskollegs im Kreisgebiet übertragen werden.

Frau Pohl gibt zu bedenken, dass man zunächst die 3-jährige Projektphase der Schulsozialarbeit an den Hauptschulen abwarten solle. Mit den dann gewonnenen Erkenntnissen könne man überlegen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Ausweitung auf andere Schulformen sinnvoll sei.

Herr Overmann bestätigt diese Auffassung. Das Konzept der Schulsozialarbeit an Hauptschulen könne nicht ohne weiteres auf die Förderschulen oder die Berufskollegs übertragen werden. Hierfür müssten eigene Konzeptionen entwickelt werden. Im übrigen gibt er zu bedenken, ob nicht der Schulausschuss für diese Thematik zuständig sei.

Es wird vereinbart, dass die Verwaltung die Bedarfe an Schulsozialarbeit an Förderschulen, Realschulen und Berufskollegs ermitteln solle. Darüber hinaus solle die Verwaltung auch klären, welches Gremium inhaltlich für die Beratung dieser Fragestellung zuständig ist.

Die SPD-Fraktion zieht daraufhin ihren Antrag **02-05** zurück.

Im Anschluss an die SPD-Anträge zum Haushalt 2008 wird nun der Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2007 behandelt (**SV Nr. 0133/2007**). Der Antrag beinhaltet zum Budget 02 sechs Anträge zu Zielen und Maßnahmen für das Jahr 2008. Der Antrag wurde am 13.09.2007 vom Kreisausschuss ohne Beratung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Zum Ziel 1 führt Herr Overmann aus, dass die Durchführung von jährlichen Elternwerkstätten nicht bedarfsgerecht sei. Derzeit würden die Elternwerkstätten alle 3 Jahre durchgeführt. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass dieser Zeitraum ausreichend sei. Die SPD-Fraktion zieht daraufhin ihren Antrag zum Ziel 1 zurück.

Frau Seidensticker-Beining erläutert das Ziel 2, wonach der Kreis alle 5 Jahre einen Preis „kinderfreundliche Stadt/Gemeinde“ ausloben solle. Frau Kerkhoff sagt im Namen der CDU-Fraktion Unterstützung für diesen Antrag zu.

Beschluss: einstimmige Annahme

Das Ziel, der Kreis solle alle 5 Jahre einen Preis „kinderfreundliche Stadt/Gemeinde“ ausloben, wird in das Maßnahmenprogramm 2008 aufgenommen.

Zum Ziel 3 führt Herr Overmann aus, dass ein Abbruch der Befragungen kontraproduktiv sei. Zum Einen sei die Befragung nur noch in drei Kommunen durchzuführen. Zum Anderen sei der Kreis auf diese Datengrundlagen angewiesen. Die Daten, die die Träger von Kindertageseinrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des KiBiz zum 31.12.2007 dem Jugendamt vorlegten, würden vor dem Hintergrund der Umfrageergebnisse beurteilt. Falls sich etwa herausstelle, dass in einer Kommune über das Angebot der Träger der Tageseinrichtungen hinaus ein Bedarf seitens der Eltern bestehe, müsse das Jugendamt in eine inhaltliche Diskussion mit den Trägern über eine Angebotsausweitung eintreten. Die SPD-Fraktion zieht daraufhin ihren Antrag zum Ziel 3 zurück.

Das Ziel 4 deckt sich mit dem Antrag **02-04** der SPD-Fraktion (siehe oben, der Antrag wurde abgelehnt) und wird deshalb nicht weiterverfolgt.

Frau Seidensticker-Beining erläutert das Ziel Nr. 5, wonach sich die Arbeitsgruppe „Familien mit behinderten Kindern“ mit der Thematik Übergang behinderter Kinder vom Kindergarten zur Schule befassen solle.

Frau Pohl als Sprecherin der Arbeitsgruppe antwortet, dass die Arbeitsgruppe derzeit bereits u.a. einen Fragebogen erarbeite. Im Übrigen weise sie darauf hin, dass die Arbeitsgruppe einen Arbeitsauftrag erhalten habe, den es nun abzuarbeiten gelte. Sofern die Arbeitsgruppe Vorschläge ausgearbeitet habe, würden diese dem runden Tisch und anschließend dem Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung vorgelegt. Sie bitte daher darum, im laufenden Verfahren die Arbeitsgruppe nicht mit weiteren Anträgen zu beauftragen.

Auf Vorschlag von Herrn Huesmann wird der Vorschlag der SPD-Fraktion dahingehend geändert, dass die Arbeitsgruppe „Familien mit behinderten Kindern“ beauftragt werde, die Frage nach möglichen Problemen vom Übergang behinderter Kinder vom Kindergarten zur Schule mit in den Fragebogen aufzunehmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
9 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Das Ziel 6 deckt sich mit dem Antrag **02-03** der SPD-Fraktion (siehe oben, der Antrag wurde abgelehnt) und wird deshalb nicht weiterverfolgt.

Frau Kerkhoff erläutert den Antrag **02-06** der CDU-Fraktion. Das KiBiz bringe künftig für alle Beteiligten Änderungen und Neuerungen mit sich, dessen genaue Auswirkungen heute noch nicht absehbar seien. Vor diesem Hintergrund solle die Verwaltung beauftragt werden, zu den Haushaltsberatungen des Haushaltes 2009 einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Herr Tönnes lässt sodann über den Antrag **02-06** der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 9 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
4 Nein-Stimmen

Der Antrag ist angenommen.

Frau Kerkhoff begründet den Antrag **02-07** der CDU-Fraktion. Der Antrag sei in erster Linie als Prüfauftrag an die Verwaltung zu sehen, gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer zu überlegen, ob die Einführung eines Nachweisheftes der beruflichen Orientierung beim Übergang von der Schule zum Beruf sinnvoll sein könne.

Herr Tönnes ergänzt, dass dieses Nachweisheft für die Jugendlichen als zusätzliche Chance anzusehen sei und keinesfalls als eine verpflichtende Maßnahme.

Frau Gertz berichtet, dass es bei den Jugendlichen bereits heute gängige Praxis sei, zusätzlich erworbene Qualifikationen den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Antrag **02-07** der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss: einstimmige Annahme

Der Antrag ist angenommen.

Frau Kerkhoff erläutert den Antrag **02-08** der CDU-Fraktion. Die Durchführung eines erlebnispädagogischen Tages solle ein Zeichen des Dankes an alle ehrenamtlich Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendarbeit sein.

Herr Overmann ergänzt, dass das Jugendamt eine ähnliche Veranstaltung bereits einmal vor einigen Jahren durchgeführt habe. Seinerzeit habe man eine derartige Veranstaltung mit rund 150-180 Beteiligten in einer Schützenhalle im Nordkreis durchgeführt.

Herr Tönnes lässt sodann über den Antrag **02-08** der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 9 Ja-Stimmen
 5 Enthaltungen

Der Antrag ist angenommen.

Frau Kerkhoff erläutert den Antrag **02-09** der CDU-Fraktion. Derzeit erhielten alle Eltern eines neugeborenen Kindes ein Begrüßungspaket des Kreises. Dieses enthalte neben einem Glückwunschsreiben des Landrates, den Familienkompass sowie eine Ausgabe des Elternbriefes. Der Familiengutschein könne diesem Begrüßungspaket beigelegt werden.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Antrag **02-09** der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 4 Enthaltungen

Der Antrag ist angenommen.

Herr Stöttelder stellt den Antrag **02-10** der FDP-Fraktion vor. Der Antrag gehe in die gleiche Richtung wie der CDU-Antrag zum Familiengutschein, gehe jedoch darüber hinaus.

Herr Tönnes lässt über den Antrag **02-10** der FDP-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 1 Ja-Stimme
 12 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Stöttelder begründet sodann den Antrag **02-11** der FDP-Fraktion, wonach in jeder Kommune im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes ein Kindergarten Öffnungszeiten „rund um die Uhr“ anbieten solle.

Herr Wiemer stellt in seiner Stellungnahme klar, dass es sich bei dem angesprochenen Kindergarten in Stadtlohn um perspektivische Öffnungszeiten handele. Tatsächlich biete der Kindergarten diese Öffnungszeiten derzeit noch nicht an.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Antrag **02-11** der FDP-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 6 Enthaltungen
 7 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Zum Antrag **02-12** der UWG-Fraktion stellt Herr Overmann klar, dass sich der Antrag zur Installation eines Kinderhortes auf die Kreisverwaltung beziehe und nicht auf den Kreis Borken. Die Kreisverwaltung habe unter den Beschäftigten im Jahre 2006 eine entsprechende Bedarfsabfrage durchgeführt. Im Ergebnis ergebe sich für den Kreis als Arbeitgeber kein entsprechender Bedarf. Die Kreisverwaltung habe aber für ihre Beschäftigten ein „Notfallbüro“ installiert. Dieses Notfallbüro sei zur Hälfte als Büro und zur Hälfte als Spielzimmer ausgestattet, dass die Beschäftigten im Betreuungsnotfall nutzen könnten. Das Notfallbüro sei bislang vereinzelt in Anspruch genommen worden.

Herr Tönnes lässt sodann über den Antrag **02-12** der UWG-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 1 Ja-Stimme
 1 Enthaltung
 11 Nein-Stimmen.

Der Antrag ist abgelehnt.

Der Antrag **02-13** der UWG Fraktion deckt sich inhaltlich mit dem Ziel 3 des Antrags der SPD-Fraktion vom 03.09.2007 (SV Nr. 0133/2007) und wurde inhaltlich bereits dort diskutiert (siehe oben.)

Herr Tönnes lässt daher sogleich über den Antrag **02-13** der UWG Fraktion abstimmen:

Beschluss: 1 Ja-Stimme
 1 Enthaltung
 11 Nein-Stimmen.

Der Antrag ist abgelehnt.

Nach Beratung der Haushaltsanträge der einzelnen Fraktionen lässt Herr Tönnes über den Entwurf des Budgets 02 – Jugend und Familie – des Haushaltsplanes 2008 insgesamt abstimmen:

Beschluss: 9 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 1 Enthaltungen

Der Kreisjugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushaltsplan 2008 – Budget 02 – Jugend und Familie – in der vorliegenden Fassung zu verabschieden.

**Punkt 8: Übertragung der Zuständigkeit der Aufgaben nach dem Bundeseltern-
 geld- und Elternzeitgesetz (BEEG) zum 01.01.2008 auf den Kreis Borken
 Vorlage: 0278/2007**

Herr Wiemer berichtet, dass von dem seitens des Landes errechneten Stellenbedarf von 4,5 Stellen nunmehr 4 Beschäftigte der ehemaligen Versorgungsverwaltung ihren Dienst beim Kreis Borken antreten würden. 2 Kolleginnen hätten bislang jedoch noch nicht im Elterngeldbereich gearbeitet, sodass diese möglichst zeitnah entsprechend geschult werden müssten. Im übrigen weist er darauf hin, dass der Kreis Borken sowohl im Internet als auch in Form von Flyern auf die neue Aufgabe im Fachbereich Jugend und Familie hinweise. Im Ergebnis sei er zuversichtlich, dass der Kreis Borken die neue Aufgabe für alle Eltern im Kreisgebiet zufriedenstellend wahrnehmen werde.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9: Bündnis für Familien - Sachstandsbericht
Vorlage: 0279/2007

Frau Möllenbeck berichtet, dass Frau Wichmann am 01.01.2008 die neugeschaffene 0,5 Stelle zur Unterstützung der Bündnisarbeit antreten werde. Frau Wichmann werde administrative Aufgaben im Rahmen der Bündnisprojekte übernehmen.

Die Arbeit der Projektgruppe zum Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems schreite voran. In den vergangenen Sitzungen habe man sich u.a. mit der Ermittlung von Risikofaktoren und dem Umgang der verschiedenen Helfersysteme mit problematischen und gefährdenden familiären Lebenssituationen befasst. Nun arbeite man an den Schwachstellen in der Kooperation, um Ansätze für ein effektiveres Ineinandergreifen der Hilfen zu entwickeln. Außerdem sei eine Fachtagung zum Thema „Frühe Hilfen bei Kindeswohlgefährdung – Gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitshilfe“ geplant. Zu der Veranstaltung, die am 13.02.2008 im Kreishaus stattfinden wird, hätten sich bereits mehr als 150 Personen angemeldet.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; hier: "Pontis e.V.", Stadtlohn
Vorlage: 0280/2007

Beschluss: einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss erkennt den Verein „Pontis e.V.“ mit Sitz in Stadtlohn als Träger der freien Jugendhilfe an.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Overmann berichtet, dass das Jugendamt zur Thematik von Jugendschutzkontrollen eine gemeinsame Aktion mit der Stadt Vreden durchgeführt habe. Das Projekt habe man in einer Dienstbesprechung den Vertretern der 13 Kommunen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes vorgestellt und sei dort auf positive Resonanz gestoßen. Er schlage daher vor, das Projekt in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorzustellen.

Im Zusammenhang mit der oben erwähnten Dienstbesprechung mit Vertretern der 13 Städte und Gemeinden im Kreisjugendamtsbezirk ergänzt Herr Overmann, dass diese künftig als ständige Einrichtung etabliert werde.

Herr Overmann weist auf das zum 01.01.2008 in Kraft tretende neue Unterhaltsrecht hin. Er schlägt vor, die Grundzüge des neuen Unterhaltsrecht im nächsten Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Abschließend berichtet Herr Overmann, dass zwei Beschäftigte des Allgemeinen Sozialen Dienstes an insgesamt 10 Abenden Vorträge im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Rettungssanitäter gehalten hätten. Dieser Aspekt verdeutliche, wie vielfältig die Kontakte der Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich des ASD seien.

ohne Beschluss

Punkt 12: Anfragen

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich, wie der Kreis Borken sein Begrüßungspaket übergeben solle, wenn das Kind außerhalb des Kreisgebietes, beispielsweise im Krankenhaus Coesfeld geboren werde. Herr Overmann sagt hierzu eine Überprüfung der Verwaltung zu.

Frau Kerkhoff regt an, das Thema „Familienatlas 2007“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu setzen. Wichtig sei es, die sich aufgrund der getroffenen Einstufungen für den Kreis Borken ergebenden künftigen Möglichkeiten auszuloten.
ohne Beschluss

**Punkt 12.1: Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.11.2007
Vorlage: 0256/2007**

Zu der Tätigkeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes und dem Projekt „Baby think it over“ hat die SPD eine Anfrage vorgelegt. Die Fragen wurden durch die Verwaltung ausführlich schriftlich beantwortet und den Ausschussmitgliedern zur Sitzung als Tischvorlage ausgehändigt. Die Antwort des Fachbereiches Jugend und Familie ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

In Ergänzung der Antwort zur Frage 6 weist Herr Overmann darauf hin, dass es sich bei den errechneten 181,6 Fällen je Vollzeitkraft im ASD nicht allein um Kindeswohlgefährdungsfälle handele. In den 181 Fällen seien die ganze Palette der Jugendhilfeleistungen enthalten.

ohne Beschluss

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil**Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung**

keine

Punkt 14: Anfragen

keine

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies schließt die Sitzung um 20:45 Uhr.

Heinz-Josef Tönnies

Markus Büsken